



Inhalt

IM INTERVIEW:

Dagmar Bornemann, Geschäftsführerin von db&w Bornemann und Wolf GbR

Industrie 4.0, Smart Services oder Big Data – die vierte industrielle Revolution ist in aller Munde. Dagmar Bornemann hält die damit verbundene Euphorie für übertrieben.

..... 2

Innovation für eine bessere Gesundheitsversorgung

Selektivverträge und integrierte Versorgung brachten wenig Fortschritt. Der neu geschaffene Innovationsfonds soll das ändern.

..... 5



Vorstandswahlen im Managerkreis

Klaas Hübner bleibt für weitere zwei Jahre Sprecher des Managerkreises.

..... 5

Der Arbeitsmarkt unter Druck von Demografie und Migration

Auch prosperierende Regionen wie Rhein-Main stecken in einem tiefgreifenden demografischen Wandel.

..... 8

Eine Industrieregion in der Energiewende

Vor allem für NRW als Energieland Nummer 1 ist die nachhaltige Umsetzung der Energiewende von großer Bedeutung.

..... 9

Das Gefühl, nicht dazuzugehören

Staatsministerin Aydan Özoguz mahnt an, dass Migranten immer noch auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden.

..... 10

„An Terminal 3 führt kein Weg vorbei.“

Der Fraport-Chef Stefan Schulte drängt darauf, mit dem Bau des neuen Terminals im nächsten Jahr zu beginnen.

..... 11

Businesslunch für Frauen in Baden-Württemberg

Kristina Both von der Deutschen Telekom war die erste Referentin der neuen Gesprächsreihe nur für Frauen.

..... 12

Tiefgreifender Wandel durch Industrie 4.0

Industrie 4.0 braucht ausreichenden Datenschutz und -sicherheit sowie eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur.

..... 13

„Deutschland ist nicht so stark wie es glaubt.“

DIW-Chef fordert mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energie.

..... 13

Literaturhinweise 14

Terminvorschau 15

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen.

Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.200 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen.

Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de

Kontakt Mitgliederservice

Dagmar Merk

Tel. 030-269357053

managerkreis@fes.de

Unser virtuelles Mitglieder-
Netzwerk:

[https://www.xing.com/net/
managerkreis/](https://www.xing.com/net/managerkreis/)

Im Interview: Dagmar Bornemann

**Geschäftsführerin von db&w Bornemann
und Wolf GbR**



Dagmar Bornemann ist seit 2009 Mitglied im Managerkreis. Seit 2014 gehört sie dem Vorstand an.

Die Industrie 4.0, das Internet der Dinge, soll die vierte Revolution in der Produktion sein. Es wird von hochvernetzten Strukturen geträumt, in denen jegliche Daten ausgewertet und genutzt werden: für Kostenersparnisse und optimale Effizienz. Das Thema Industrie 4.0 findet sich im schwarz-roten Koalitionsvertrag und war zuletzt Leitthema der Hannover Messe. Dagmar Bornemann hält diese Euphorie für unangebracht. Zu viele Fragen wie Datensicherheit und Datenschutz sind noch ungeklärt. Und auch die erforderliche Infrastruktur hinkt hinterher.

Der Begriff Industrie 4.0 ist zur Zeit in aller Munde. Die vierte industrielle Revolution wird angekündigt. Halten Sie diese Euphorie für angemessen?

Nein, überhaupt nicht. Das ist tatsächlich eine komplette Übertreibung. Industrie 4.0 ist als Marketingbegriff entstanden, um das Thema Digitalisierung voranzubringen – vor allem im Mittelstand. Die IT-Unternehmen haben gemerkt, dass sie große Schwierigkeiten haben, zum Beispiel ihre Cloud Services in mittelständischen Unternehmen unterzubringen. Das kann man natürlich mit einem Vehikel wie Industrie 4.0 sehr viel besser machen.

Die erste industrielle Revolution wurde durch die Dampfmaschine möglich, die zweite durch die Fließbandtechnik und die dritte durch den Computer. Welche Entwicklung soll nun die treibende Kraft für diese vierte Umwälzung sein?

Ich glaube, dieser Begriff Industrie 4.0 ist komplett überladen. Ich finde, es ist eine Evolution, eine Weiterentwicklung von dem, was eigentlich permanent passiert. Wir haben bereits vor zwanzig Jahren über Computer-Aided Manufacturing gesprochen. Dass unsere Industrie, um erfolgreich zu bleiben, ihre Produktionsprozesse digitalisieren muss, ist selbstverständlich. Wenn ich eine gute Produktion mit einem interessanten Produkt habe, werde ich die natürlich stromlinienförmig digitalisieren, um die Kosten zu reduzieren.



Bei der Industrie 4.0 handelt es sich nicht nur um eine IT-Aufgabe. Das Thema betrifft vor allem die Arbeitsorganisation, die Arbeitszeitmodelle und den Qualifikationsbedarf der Belegschaft. Wie wird sich unsere Arbeitswelt durch diese technischen Entwicklungen verändern?

Die Frage ist, wie sie sich teilweise schon verändert hat. Was natürlich problematisch sein kann ist, dass durch andere Kommunikationsstrukturen, die nicht auf strikt hierarchischer Ebene laufen, sich tatsächlich die Strukturen im Unternehmen verändern. Aber das ist kein Prozess, der erst gestern angestoßen wurde. In der Diskussion tut man immer so, als sei seit der Einführung des Lean Managements, das ursprünglich aus Japan kam, in der Unternehmensorganisation nichts mehr passiert.

Bei Industrie 4.0 spricht man auch vom Internet der Dinge. In der Smart Factory kommunizieren nicht mehr Menschen miteinander, sondern Werkstücke. Das hört sich ein bisschen nach Science Fiction an, wo die Roboter die Macht übernehmen. Welche Rolle spielt dabei der Mensch?

Immer die größte, denn er konstruiert ja auch die Maschinen. Diese ganze Diskussion krankt für mich daran, dass auf der einen Seite ziemlich viel Respekt vor der IT und auch große Sorgen vorhanden sind, was sie alles anstellen könnten. Auf der anderen Seite herrscht aber auch der Aberglaube, es würde auf einmal alles automatisiert werden können. Das funktioniert so aber nicht. Sie können immer nur Teilbereiche in Unternehmen, nicht aber die ganze Produktion automatisieren. Komplette ohne Menschen funktioniert es noch nicht. Ich glaube auch nicht, dass es in zwanzig Jahren funktionieren wird. Der Technik wird viel zu viel zugetraut. Man will alles hypervernetzen. Dafür braucht man aber auch die Infrastruktur. Das ist

ein großes Problem, denn die ist nicht gut genug ausgebaut.

Was für eine Infrastruktur bräuchte man dafür?

Das Glasfaser-Datenübertragungsnetz muss deutlich ausgebaut werden um all das, was wir zukünftig an Kommunikationsverbindungen haben wollen, wirklich laufen lassen zu können. Ebenso muss das Funknetz erweitert werden, damit man diese enormen Datenmengen überhaupt verarbeiten kann. Es gibt zwar all diese Technologien für eine umfassende Vernetzung, aber die Infrastruktur ist dafür noch nicht ausreichend. Die Politik darf sich

relativ schnell beispielsweise mit einem Schraubenschlüssel beheben. Wenn bei den Smart Systems nur ein Teil ausfällt oder wenn man einem Cybercrime-Angriff ausgesetzt ist, hat man ein Riesenproblem. In dem Moment, wo ich hochentwickelte Systeme habe, muss ich in jeder Sekunde des technischen Prozesses die Qualität und Integrität der Daten nachweisen können. Ich muss zu jedem Zeitpunkt nachweisen können, dass das die originalen Daten sind und kein Hackerangriff stattgefunden hat. Wir brauchen prozedurale Sicherheitsarchitekturen. Daher müssen wir unbedingt mehr in den Bereich Datensicherheit investieren.

“Komplett ohne Menschen funktioniert es noch nicht. Der Technik wird viel zu viel zugetraut.

nicht länger davor drücken, das Thema Infrastruktur in die staatliche Hand zu nehmen. Schließlich ist ein gut ausgebautes Netz ein Argument für Unternehmensansiedlungen.

Wenn Maschinen miteinander kommunizieren entstehen gewaltige Datenmengen. Wie anfällig sind Smart Systems?

Wenn es bei einer klassischen Maschine irgendwo klemmt, können sie das

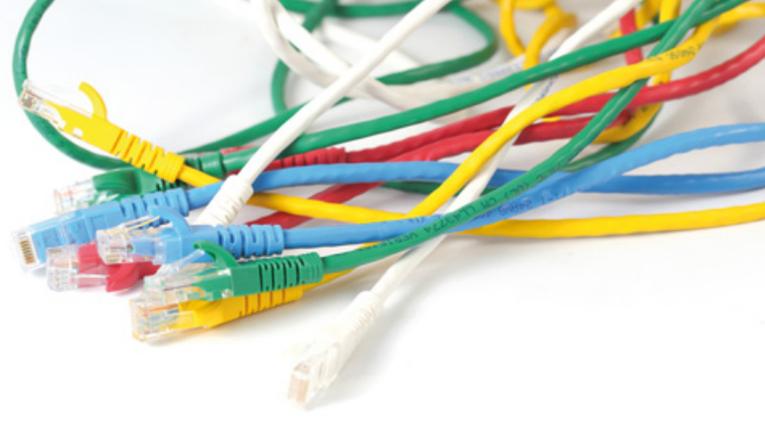
Wie verlässlich und aussagekräftig sind Daten?

Daten treffen erst einmal überhaupt keine Aussage. Die Frage ist, wie ich sie interpretiere. Daten sind wie eine Sprache und man braucht jemanden, der diese Sprache übersetzen, lesen und interpretieren kann. Wir haben das Problem, dass wir viele Daten erheben, aber zu wenige Spezialisten haben, die die richtigen Fragen zu den Daten stellen und diese auswerten können. Das kann kein Rechner übernehmen. Das ist eine komplett menschliche Aufgabe. Ein Rechner ist nur begrenzt intelligent. Er kann nur aus den Erfahrungen schöpfen, mit denen sie ihn vorher gefüttert haben.

Die Menschen befürchten angesichts dieser rasanten Datenmengen den Verlust ihrer Privatsphäre. Besteht die Gefahr, dass wir die Hoheit über unsere Daten verlieren?

Manchmal machen die Menschen das ja freiwillig, wenn sie zum Bei-





spiel Rabattkarten benutzen und damit dem Händler ihre Einkaufsdaten überlassen. Es ist den Menschen allerdings teilweise nicht bewusst, dass diese Daten ausgewertet und sie zum „gläsernen Kunden“ werden. Ich finde, es wäre ganz wichtig, diese Dinge transparenter zu machen: Wer wertet welche Daten zu welchem Zweck aus?

Lassen sich die Risiken von Big Data abwägen?

Teilweise schon. Es gibt zum Beispiel einen Bericht an die amerikanische Regierung, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Erhebung von Gesundheitsdaten auch durch die tollen, neuen Smart Watches für die Ausstellung von persönlichen Versicherungen durchaus Folgen haben kann. Das ist also bekannt. Die Frage ist nur: Wie gehen wir damit um? Ich halte es für blauäugig zu glauben, wir müssen den Firmen nur sagen, dass sie das nicht dürfen. Ich bezweifle, ob sie sich dann wirklich daran halten würden. Wir sollten vielmehr Technologien entwickeln, die es uns ermöglichen, unsere eigenen Daten zu schützen und sie nur für spezielle Nutzer und Zwecke freizuschalten. Technisch wäre das nichts grandios Neues. Die Frage ist nur, ob so etwas gewollt ist. Als Unternehmerin bin ich natürlich froh, wenn ich alle möglichen Daten bekomme und auswerten kann. Einem Krankenversicherer ist es ganz recht, wenn er genau weiß, dass der Bewerber ein Herzinfarkttrisiko hat und er dessen Versicherungsprämie hoch ansetzen kann.

Neben all diesen Gefahren und Risiken gibt es natürlich eine Reihe von Vorteilen und Chancen von Big Data. Wo sehen Sie diese?

Für mich als Software-Entwicklerin hat Big Data vor allem wirtschaftliche Vorteile: Ich kann beispielsweise automatisch auswerten, bei welchem Kunden sich Marketingmaßnahmen lohnen,

wo ich investiere und wo nicht. Mit entsprechenden Datensätzen lassen sich Kosten reduzieren. Wenn in einem Unternehmen während des gesamten Produktionsprozesses Daten gesammelt und analysiert werden, kann die Produktion viel gezielter optimiert werden. Entscheidungen, die zuvor aufgrund von Intuition getroffen wurden, können mit Zahlen hinterlegt und Fehleinschätzungen können korrigiert werden. Auch im Gesundheitsbereich sehe ich Chancen von Big Data: Eine riesige Datenbank über Behandlungsmöglichkeiten von Krankheiten ist eine Art von Gedächtnis, die ein einzelner Mediziner niemals haben kann. Hätte er Zugriff auf eine solche Datenbank, käme er nicht nur auf eine, sondern vielleicht noch fünf weitere Behandlungsmöglichkeiten.

Welche Erwartungen haben Sie an die Politik mit Blick auf Big Data? Braucht es Regulierungen?

Die Politik muss auf mehr Transparenz dringen. Ein Monopolist wie beispielsweise Google sollte offenlegen müssen, wie er seine Website-Rankings gestaltet, damit die Nutzer wissen, nach welchen Kriterien die Suchergebnisse geordnet werden. Die Nutzer sollten wissen, was da passiert. Nicht nur der Online-Handel setzt auf individualisierte Kundenansprache, auch der normale Supermarkt bietet vor Ort bereits personalisierte Angebote an. Das klingt natürlich toll, aber nur solange, bis der Kunde herausfindet, dass er immer mehr zahlt als sein Nachbar.

Ich glaube, es ist nicht so schlimm, dass Unternehmen Big Data nutzen, um er-

folgreich zu sein. Der Kunde sollte nur wissen, dass sie es tun und er sollte wissen, was das bedeutet. Risikomündigkeit im Umgang mit Daten sollte selbstverständlich sein. Man sollte einerseits Unternehmen dazu bringen, diese Technologien so transparent wie möglich zu gestalten und andererseits in digitale Bildung zu investieren. Das geht nur mit Regulierungen und weiteren Bildungsinvestitionen.

In dem amerikanischen Film „Her“ verliebt sich ein Mann in die Stimme seines Betriebssystems. „Samantha“ organisiert seinen gesamten Tagesablauf, ist verständnisvoll und sensibel. Sind solche Szenarien tatsächlich denkbar?

Ich will nicht sagen, dass sie nicht denkbar sind. Wir sind aber noch lange nicht bei dem, was in dem Film gezeigt wird. Vielleicht in hundert Jahren? Versuchen Sie das mal in der Realität. Versuchen Sie mal mit Ihrem Siri ein auch nur halbwegs vernünftiges Gespräch hinzukriegen. Manchmal habe ich das Gefühl, wir sind über ELIZA, einem Computerprogramm, das zwischen 1964 und 1966 von Joe Weizenbaum am MIT entwickelt wurde, noch nicht weit hinaus. Was natürlich nicht ganz stimmt, aber die Computer-Mensch-Kommunikation, soweit sie nicht nur einzelne dezidierte Teilbereiche betrifft, steckt noch in den Kinderschuhen. Wir wissen viel zu wenig darüber, wie unser Gehirn eigentlich funktioniert und wollen mit diesem unvollständigen Wissen ein künstliches Gehirn nachbauen. Das ist für mich ein Widerspruch in sich.



Innovation für eine bessere Gesundheitsversorgung

Vor über zehn Jahren wurde das Konzept der Selektivverträge und integrierten Versorgung geschaffen. Innovation und Wettbewerb sollten gestärkt und dadurch die Verbesserung der Gesundheitsversorgung erreicht werden. Dieses Ziel wurde allerdings verfehlt. Nicht zuletzt durch den demografischen Wandel wird es dringend nötig, die Versorgungsstrukturen durch innovative Prozesse weiterzuentwickeln.

Wie müssen Instrumente ausgestaltet werden, um den nötigen Innovations-schub in der Gesundheitsversorgung zu erreichen? Welche Rolle kann der neu geschaffene Innovationsfonds hierbei spielen? Um diese Fragen zu diskutieren und Handlungsempfehlungen für die Gesundheitspolitik zu formulieren, lud der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. Oktober 2014 zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion unter Leitung des Journalisten Burkhard Plemper ein.

Innovationsförderung richtig gestalten

Primäres Ziel jeder Innovationsförderung muss die Verbesserung der Versorgung für alle Versicherten sein, so Stefan David, stellvertretender Sprecher der AG Gesundheitspolitik im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Instrumenten ist dies nicht ausreichend gelungen. Für Krankenkassen gibt es kaum Anreize, in einen Qualitätswettbewerb einzusteigen, und für Patienten besteht

Vorstandswahlen im Managerkreis

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Oktober 2014 einen neuen Vorstand gewählt. **Klaas Hübner** wurde einstimmig im Amt als Sprecher des Managerkreises bestätigt und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem gesamten Vorstand in den kommenden zwei Jahren.

Im Amt als stellvertretende Sprecherinnen bestätigt wurden **Annette Fugmann-Heesing** und **Katrin Rohmann**. Als stellvertretende Sprecher wurden **Bertin Eichler** und **Carlo Velten** neu gewählt. Ausgeschieden als stellvertretende Sprecher sind Christiane Krajewski und Hubertus Schmoltdt. Weiterhin schieden aus dem Vorstand aus: Reinhold Kopp, Gert von der Groeben und Klaudia Martini.

Neu in den Vorstand gewählt sind: **Dagmar Bornemann, Petra Rossbrey** und **Volker Hasch**. Ebenfalls neu im Vorstand aufgenommen wurden **Ingo Egloff** als Sprecher des Regionalkreises Nord-Ost und **Daniel Sahl** als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft.

Neuer Sprecher im Managerkreis Mitteldeutschland ist seit Dezember **Michael Clobes**. Er ist Nachfolger von Frank Krätzschar, der das Amt bisher inne hatte.

Im Vorstand bestätigt wurden: **Werner Engelhardt, Vera Gädebutzlauff, Hermut Herdt, Beate Kummer, Karl-Peter Schackmann-Fallis, Alexander Stuwe** und **Ulrich Weber**.

Auf www.managerkreis.de finden Sie die aktuelle [Liste](#).



keine Transparenz über alternative Versorgungsangebote. Selbst, so David weiter, wenn vereinzelt interessante Prozesse implementiert werden, findet weder eine Evaluation noch eine Übertragung in die Regelversorgung statt. Insellösungen aber reichen nicht, um den Herausforderungen der Gesundheitsversorgung in Deutschland gerecht zu werden.

Simone Bosch, Leiterin Market Access Bayer HealthCare Deutschland, kritisierte weiter, dass in der „gelebten Realität“ Selektivverträge zumeist zu reinen Rabattverträgen degradieren. Statt den Fokus auf optimierte Prozesse oder Qualitätsimpulse zu setzen, stehe für Kassen allein die kurzfristige Kostenreduktion im Zentrum.

Dass neue Instrumente zur Innovationsförderung einen reinen Preiswettbewerb vermeiden sollten, sieht auch Edgar Franke, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag: „Innovation und Qualität sind Brü-

der. Preiswettbewerbe bringen uns hier überhaupt nicht weiter.“

Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), verteidigte hingegen die bestehenden Instrumente. Zwar hätten diese die großen Erwartungen nicht erfüllt, ihre Existenzberechtigung ergebe sich aber daraus, dass durch sie oftmals kleine und spezielle regionale Probleme gelöst werden könnten. Dies sei aber das zentrale Problem, denn aus dieser Kleinteiligkeit resultiere auch die fehlende Evidenz zur Übertragung der Ansätze in die Regelversorgung. Diese Evidenz müsse aber auch eine klare Orientierung erhalten. Innovation sei oftmals schwer zu definieren. Er sprach sich dafür aus, eine Bewertung der Lebensqualität zu integrieren.

**Innovationsfonds als Chance:
Die Ausgestaltung ist zentral**

Große Chancen für Innovationsimpulse

sahen die Podiumsteilnehmer im neu geschaffenen Innovationsfonds. Zwar erscheine die zur Verfügung gestellte Summe im Vergleich zu den Gesamtausgaben der Gesundheitsversorgung marginal, doch sei dabei zu bedenken, so Hecken, dass diese Gelder beispielsweise auch nur das für eine innovative Prozessgestaltung nötige Management abdecken müssten – Kosten, vor denen Krankenkassen derzeit oftmals zurückschreckten. Der Fonds könne hier den Transfer erleichtern und einen wichtigen Anstoß leisten.

Auch Franz Knieps, Vorstand BKK Dachverband e. V., sieht hier die Chance des Instruments: „Wenn Managementgesellschaften über den Innovationsfonds finanzierbar werden, bestehen große Chancen für am Patienten orientierte Prozessinnovationen.“

Innovative Lösungen müssen dann, so die Überzeugung von Ilona Köster-Steinebach, Patientenvertreterin Ver-





Köster-Steinbach, Hecken, Plemper



Edgar Franke, MdB

braucherzentrale Bundesverband, insbesondere für die Herausforderungen der unterversorgten Regionen gefunden werden: „Telemedizin muss im Innovationsfonds abgebildet werden. Gerade weil unterversorgte Regionen für Krankenkassen keine direkte ökonomische Relevanz haben, muss der Fonds hier Akzente setzen.“

Evidenz und Transparenz

Evaluation, so Simone Bosch, müsse bei allen neuen Ansätzen im Zentrum stehen. Es helfe nicht wie in den bekannten Instrumenten, vieles nur auszuprobieren. Wenn keine Evidenz generiert werde, könne ein Transfer in die Regelversorgung nicht gelingen. „Was wir brauchen, ist mehr Versorgungsforschung, um die Realität dessen, was beim Patienten ankommt, erkennen zu können“, so Bosch.

Dies unterstrich auch Josef Hecken und forderte, dass der Innovationsfonds nur Projekte mit „signifikanter Population“ unterstützen sollte. Projekte müssten eine bestimmte Größe haben, um die für einen Transfer in die Regelversorgung nötige Evidenz generieren zu können. Selektivverträge und integrierte Versorgung haben, so Köster-Steinebach ergänzend, einen weiteren strukturellen Fehler: fehlende Transparenz. Weder eine Übersicht noch ein Vergleich stand Patienten zur Verfügung und somit fehlte jegliche

Grundlage für eine informierte Entscheidung. Sie lobte in diesem Zusammenhang den Innovationsfonds, der zumindest in der derzeitigen Form für deutlich mehr Transparenz sorgen dürfte.

Primat und Pflicht der Politik

In der Diskussion um die Ausgestaltung des Innovationsfonds wurde die Frage erörtert, wie der G-BA zur nötigen Schwerpunktsetzung der Förderung findet. Hecken sieht hier das „Primat und die Pflicht der Politik“. Die jeweilige Fokussierung der Förderung ist allein wissenschaftlich nicht zu leisten.

Eine politische Festsetzung und der damit verbundene Willensbildungsprozess würden auch für die notwendige Transparenz des Verfahrens sorgen. Dies unterstützte auch Franke und ergänzte, dass das „Evaluierte und als vernünftig identifizierte“ schnell den Weg in die Regelversorgung finden muss. Die Existenzberechtigung erhalten der Innovationsfonds schließlich dadurch, dass er die Qualität der Versorgungsrealität ändere.

Zwischen Datenschutz, Qualitätsreserven und Patientensicherheit

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion entwickelte sich zum Thema Datenschutz. Zwar ist insbesondere im Zuge der umfangreichen Datenaffären derzeit eine sinnvolle Auseinandersetzung

kaum möglich, für eine bessere Nutzung von Patientendaten zur Verbesserung der Versorgung ist dies aber dringend nötig. „Datenschutz wird in Deutschland derzeit zu weit getrieben und missbraucht – eine sinnvolle Qualitätsmessung im Interesse der Patienten ist kaum möglich. Damit gehen Potenziale zur Qualitätsverbesserung verloren“, kritisierte Ilona Köster-Steinbach.

Hecken verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf den Zugang zu relevanten medizinischen Daten des Patienten. Fehlmedikation beispielsweise ließe sich nicht verhindern, wenn die beteiligten Mediziner keinen ausreichenden Einblick in die Daten des Patienten nehmen könnten.

Eine Zusammenfassung (Kurzvideo) der Diskussion finden Sie [hier](#).

Zum Impulspapier „Innovation für eine bessere Gesundheitsversorgung“ gelangen Sie hier:

<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/10988.pdf>



Der Arbeitsmarkt unter Druck von Demografie und Migration

Bei der dritten Veranstaltung zur Lebensqualität in der Rhein-Main-Region standen die Arbeitsplätze im Fokus. Mit Blick auf die demografische Entwicklung diskutierten Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Arbeitsvermittler über die Unterschiede zwischen Stadt und Peripherie, zwischen Fachkräftemangel und falsch verstandenen Arbeitsvorstellungen sowie über Willkommensstrukturen für Zugezogene.

„Frankfurt hat mehr zu bieten als Banken und Fraport und verfügt zusammen mit dem Umland über einen vielschichtigen Arbeitsmarkt“, so der Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main Florian Gerster zur Eröffnung der Podiumsdiskussion am 14. Oktober 2014 in Frankfurt. Als Gäste waren geladen: der Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt Mathias Gräßle, der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit für Hessen Frank Martin und der Arbeitnehmervertreter der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Oliver Dziuba. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden Vorsitzenden des Managerkreises Rhein-Main Jochen Struwe.

Die Bundesrepublik hat die älteste Bevölkerung in Europa und nach Japan die zweitälteste der Welt, so Mathias Gräßle. Der demografische Wandel wirft auch hier in der Metropolregion Frankfurt seine Schatten voraus. Trotz einer Arbeitslosenquote von knapp 4,2 Prozent in Hessen, würden 30 Prozent der Unternehmen Stellen langfristig nicht besetzen können. Es fehlten circa 90.000 Facharbeiter mit klassisch dualer Ausbildung. Gerade in strukturschwachen Regionen sei eine signifikante Abwanderung zu beobachten.

Diese Einschätzung teilte auch Frank Martin. Die Entwicklung der nächsten zehn bis zwanzig Jahre zeige einen signifikanten Verlust von Arbeitskräften. Bis 2030 sei in Hessen demnach

ein Rückgang von 4 Millionen auf 3,44 Millionen erwerbsfähiger Personen zu erwarten, der aufgrund der niedrigen Geburtenraten nur durch Zuwanderung aufgefangen werden könne. Jedoch solle man auch beachten, so Frank Martin, dass derzeit nur circa 70 Prozent des Arbeitsmarktes voll ausgeschöpft werden. Der Anteil von älteren Arbeitnehmern, von Frauen, Migranten und Randgruppen sei unterdurchschnittlich auf dem Arbeitsmarkt vertreten, sodass durchaus noch Potenzial vorhanden sei. Für Geringqualifizierte bleibe es hingegen weiterhin schwierig, da die Anzahl von Stellen in diesem Bereich weiter abnehmen werde. Fachkräftemangel und hohe Sockelarbeitslosigkeit würden sich daher nicht ausschließen, vermutlich sogar die Regel werden.

Vor einem weiteren Auseinanderdriften warnten sowohl Gräßle als auch Martin mit Blick auf die entlegenen

Rhein-Main-Gebiete sowie Nord- und Mittelhessen. Während die anderen Landesteile mit Abwanderungsraten von 35 Prozent zu kämpfen haben, kann die Metropolregion Frankfurt zwar viel stärker auf einen internationalen und gut integrierten Arbeitspool zurückgreifen, habe jedoch im Gegenzug mit immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Für die verschiedenen Regionen müssten daher unterschiedliche Strategien gefunden werden: bezahlbarer Wohnraum auf der einen Seite, eine funktionierende Grundversorgung auf der anderen. Verbindendes Element bleibe ein gut ausgebauter und öffentlicher Nahverkehr, um die Stärken von Frankfurt und der gesamten Region sinnvoll zu ergänzen.

Neben der öffentlichen Steuerung und politischen Strategien zum Umgang mit der demografischen Entwicklung seien aber auch die Unternehmen



in der Pflicht, ihre Arbeitsplätze attraktiv zu gestalten, um ihre Mitarbeiter langfristig zu binden, so der Arbeitnehmervertreter der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Oliver Dziuba. Eine „Höher-Schneller-Weiter“-Mentalität sei die falsche Antwort auf eine alternde Gesellschaft. Vielmehr müsse es bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit darum gehen, Arbeitsplätze altersgerecht umzubauen, Mitarbeiter zu motivieren und bis ins hohe Alter im Unternehmen zu halten und damit deren Wissen und Know-how.

Diese Bemühungen, so die Diskutanten einhellig, würden jedoch nicht ausreichen, wenn es nicht gelinge, die offenen Lehrstellen qualifiziert zu besetzen. Es herrsche ein klassisches Mismatching zwischen den Ausbildungs- und Studienwünschen der Jugendlichen und dem Arbeitskräftebedarf der Betriebe. Das Bild und die Er-

wartungen von Jugendlichen stünden häufig im Gegensatz zu den tatsächlichen Arbeitsbedingungen in der Praxis. Gerade die klassischen Ausbildungsberufe hätten unter einem schlechten Ruf zu leiden, obwohl gerade hier die interessantesten Berufsentwicklungen zu erwarten seien. Frühzeitig müsse daher in Schulen auf die breiten Möglichkeiten hingewiesen, müsse für die Attraktivität selbstständiger Arbeit und Unternehmertums geworben werden.

Die drei Arbeitsmarktexperten sahen zusammenfassend folgende Stellschrauben, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen:

- ein intelligentes und funktionierendes Nahverkehrsnetz, um die Landflucht zu stoppen und eine gleichmäßige Entwicklung in der gesamten Metropolregion zu ermöglichen,

- die altersgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen sowie Mitarbeitermotivation und –bindung durch die Unternehmen,
- die Erschließung aller erwerbsfähigen Bevölkerungsgruppen: Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Prävention von Niedrigqualifizierten durch frühzeitiges Beratungsangebot in Schulen,
- das aktive Anwerben und Schaffen integrierter Willkommensstrukturen für ausländische Fachkräfte und
- aktives Werben für die klassischen Berufsbilder, insbesondere das Handwerk und mittelständische Unternehmertum.

Eine Industrieregion in der Energiewende

Nordrhein-Westfalen ist die bedeutendste Energieregion Europas und trägt eine große Verantwortung für die Energiewende. Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Einstieg in die erneuerbaren Energien ist aber

kein Selbstläufer sondern braucht politische Gestaltung. Gerade in einer Industrieregion geht es darum, in diesem Prozess nicht ganze Wertschöpfungsketten durch falsche Entscheidungen zu verlieren, sondern die Energiewende als Jobmotor nutzbar zu machen.



Thomas Eiskirch

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW Thomas Eiskirch und der Vorstandsvorsitzender der DSW21 - Dortmunder Stadtwerke AG Guntram Pehlke diskutierten am 10. November 2014 über die Herausforderungen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Netze sowie über die Notwendigkeiten in der Versorgung durch konventionelle Kraftwerke. Moderiert wurde das Dortmunder Hintergrundgespräch von Christoph Dänzer-Vanotti.



Guntram Pehlke

Fünfzig Gäste waren der Einladung des Managerkreises gefolgt. Besonders die Vertreter der Kommunen und Stadtwerke beteiligten sich intensiv an der Debatte, da ihre Unternehmen von bestimmten Effekten der Energiewende besonders betroffen sind und damit die Finanzierung der öffentlichen Versorgung auch in anderen Bereichen gefährdet sei.

Das Gefühl, nicht dazuzugehören

Zuwanderer sind heute im Durchschnitt so gut gebildet wie nie zuvor – und trotzdem immer noch auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoguz war am 30.10.2014 beim Managerkreis Nord-Ost zu Gast, um über Migration und Integration vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in Deutschland zu sprechen.



Aydan Özoguz

Die Hamburgerin erinnerte zunächst an die Geschichte ihres Amtes. 1978 von Helmut Schmidt ins Leben gerufen und mit Heinz Kühn besetzt, trat seine Nachfolgerin Liselotte Funcke 1991 dann unter Helmut Kohl zurück. Sie sah keine Handlungsspielräume für ihre Aufgabe und zog die Konsequenz. Dies hätte sich umfassend geändert, so die Staatsministerin. Bei der letzten Kabinettsbildung hätten SPD und CDU darum gerungen wer das Amt besetzen darf. Positiv hob sie auch die Reformation des Staatsangehörigkeitsrecht durch Rot-Grün von 2000 hervor, welche dem seit 1913 geltenden *ius sanguinis* in Deutschland nun auch das *ius soli* hinzugefügt hätte, und das Zuwanderungsgesetz von 2005, welches hart erkämpft werden musste. Dass nun die Options-Pflicht, die zu

einer sehr emotionalen Wahl zwischen zwei Staatsbürgerschaften verpflichtete, de facto abgeschafft wurde, ist aus ihrer Sicht ein weiterer großer Fortschritt.

Vom Einwanderungs-Land zur Einwanderungs-Gesellschaft

Die Staatsministerin ging ausführlich auf die Verbindung ihres Ressorts zur Arbeitswelt ein. Aktuell sei einer ihrer Schwerpunkte die Bekämpfung der Diskriminierung von Bewerber und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung. Eine umfangreiche Studie über „Diskriminierung am Arbeitsmarkt“ (http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/03/SVR-FB_Diskriminierung-am-Ausbildungsmarkt.pdf) hatte vor kurzem ergeben, dass Bewerbungen von Hakan Yilmaz deutlich weniger Rückmeldungen erhielten als die von Tim Schultheiß. Und dies, obwohl die fiktiven Bewerber identische Bewerbungen mit denselben Qualifikationen u.a. einem Abitur von 1,9 vorwiesen. Dies sei ein wesentliches Problem, das das Gefühl, nicht dazuzugehören verstärke.

Positives Gegenbeispiel sei Olaf Scholz Kampf für Einbürgerung, der schon über 150.000 Briefe an Bürgerinnen und Bürger, die die Einbürgerungskriterien erfüllen, verschickt hat, um sie von einer Einbürgerung zu überzeugen. Auf der 25. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus

zu sprechen war ein emotionaler Moment für die Staatsministerin.

Schlussendlich sei Migration auch definitiv Teil der Antwort auf die Fragen, die der demografische Wandel und der Fachkräftemangel aufwerfen.

Großartiges Engagement von tausenden Freiwilligen in Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland

Besorgt zeigte sich die Ministerin über die Entwicklungen, die sich jüngst in Köln bei der Demonstration von Rechtsradikalen und Hooligans gezeigt haben. Es sei jedoch auch bemerkenswert, welchen hohen Grad an Solidarität mit Flüchtlingen wir aktuell in Deutschland erleben. Dass Tausende freiwillig in Flüchtlingsunterkünften helfen, würde sie sehr bewegen und sie würde planen, Helfende aus ganz Deutschland ins Auswärtige Amt einzuladen, um ihnen vor Weihnachten für ihre Arbeit zu danken.

Eine der Initiativen, die Aydan Özoguz gerne weiter unterstützen wird, ist der „Mediendienst Integration“ (<http://mediendienst-integration.de>). Durch ihn konnte der öffentlichen Debatte „Wer betrügt fliegt“ schnell entgegengehalten werden, dass nur 1% der Bulgaren und Rumänen tatsächlich von staatlichen Leistungen lebt.

Nach dem Inputvortrag der Ministerin war ausführlich Zeit für Nachfragen. Am Ende war man sich einig, dass Migration, Flucht und Integration ein wichtiges Zukunftsthema ist.

„An Terminal 3 führt kein Weg vorbei.“

Der Frankfurter Flughafen ist der Wirtschaftsmotor der Region Frankfurt Rhein-Main. Über 78.000 Arbeitsplätze bietet die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands, viele Firmen in der Region profitieren von einem direkten Anschluss an die Welt mit nahezu 300 Verbindungen.

Am 17. November 2014 hatte der Managerkreis Rhein-Main in das Frankfurter Airport Conference Center geladen, um mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Fraport AG Stefan Schulte über die Zukunft des Flughafens zu diskutieren.

«Der Frankfurter Flughafen ist der Mittelpunkt der Metropol-Region Rhein-Main. Und ein wettbewerbsfähiges Drehkreuz ist die Voraussetzung dafür, dass sich die Region auch in Zukunft als Global Player positionieren kann», so führte der Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main Florian Gerster in den Abend ein.

In seinem Impulsvortrag skizzierte der Fraport-Chef die Säulen des Frankfurter Flughafens. Neben dem großen Einzugsgebiet sei dies die exzellente Konnektivität. Von der Mainmetropole aus starten 108 Airlines zu rund 300 Zielen in 105 Länder. Hinzu kämen die Top-Intermodalität und die sehr gute Qualität am Airport. Darüber hinaus spiele Frankfurt als stark frequentierte Drehscheibe eine zentrale Rolle. 55 Prozent aller Passagiere nutzen den Flughafen als Umsteige-Hub. «Ferner sind wir mit Frankfurt unter den weltweit führenden Flughäfen im Passagierverkehr genauso vertreten wie beim Frachtaufkommen», so Gerster. Im Cargo-Geschäft rangiere Frankfurt auf Platz acht hinter Hong Kong und Dubai.

Ohne den Bau eines dritten Terminals würde der Frankfurter Flughafen jedoch an seine Kapazitätsgrenzen stoßen, argumentierte der Fraport-Chef. Die Folgen wären Betriebsstörungen und Qualitätsverluste für die

Passagiere. Zwei unabhängige Gutachten im Auftrag der Fraport seien zu dem Ergebnis gekommen, dass Frankfurt bis 2021 zwischen 68 und 73 Millionen Passagiere zu verkräften habe. Die Prüfung aller baulichen Alternativen böten keine nachhaltige Lösung. «An Terminal 3 führt deshalb kein Weg vorbei», unterstrich Schulte.

Vom Investitionsvolumen zwischen 2,5 und 3 Milliarden Euro werde auch die heimische Wirtschaft profitieren. Mit rund 78.000 Beschäftigten gehöre der Airport zur größten lokalen Arbeitsstätte Deutschlands. Wachstumsmotor und Jobmaschine sollten in Zukunft nicht ins Stocken geraten.

Ein drittes Terminal sei auch nötig, um international übliche Qualitätsstandards zu halten. Momentan könnten in Frankfurt 96 Prozent aller Großraumjets direkt am Gate abgefertigt werden. Käme der Bau nicht zustande, würde die Quote auf nicht mehr akzeptable 74 Prozent sinken. Die Folge: Billigairlines mit weniger hohen Qualitäts- und Umweltsprüchen würden Passagiere auf dem Vorfeld abfertigen. Stefan Schulte machte deutlich, dass die Zeit drängt und mit dem Bau des neuen Terminals im nächsten Jahr begonnen werden sollte.

Derzeit prüft die hessische Landesregierung die Ausbau-Pläne von Fraport. Unabhängig davon hat die schwarz-grüne Koalition ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Die Grünen stehen dem Bau des neuen Terminals



kritisch gegenüber. Der hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat bereits fünf Modelle zur Einführung von Lärmpausen am Frankfurter Flughafen vorgestellt. Starken Gegenwind bekommt Fraport vor allem von Seiten der betroffenen Bürger und Kommunen.

Am Ende der intensiven Diskussion unter der Leitung von Petra Rossbrey, Vorstandsmitglied des Managerkreises, skizzierte Schulte, was passiert, wenn die Infrastruktur veraltet. Top-Unternehmen wie Singapore-Airlines und Emirates hätten heute ganz andere Qualitätsanforderungen als vor zwanzig oder dreißig Jahren und wollten erwartungsgemäß nicht darauf verzichten. Um zu vermeiden, dass sie anderen Flughäfen den Vortritt geben, laute das Ziel: «Frankfurt muss State of the Art bleiben.»

Entscheidend ist nun, wie die hessische Landesregierung über die Ausbaupläne der Fraport in den nächsten sechs Monaten entscheidet. Florian Gerster bewertete die bisherige Arbeit der schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden als «überraschend geräuschlos».

Businesslunch für Frauen in Baden-Württemberg



Am 27.01.2014 fand im Stuttgarter Haus der Wirtschaft erstmals ein Managerkreis Business Lunch für Frauen statt.

Vorstandsmitglied Dagmar Bornemann hat dieses Veranstaltungsformat ins Leben gerufen. Geplant ist, damit eine Plattform für den Austausch und die Diskussion mit hochkarätigen Referentinnen aus Wirtschaft und Politik zu etablieren.

Bei der Auftaktveranstaltung mit Kristina Both, die bei der Deutschen Telekom AG in Baden-Württemberg für die politische Interessenvertretung und für den Regulierungsbereich zuständig ist, ging es um die Themen Ausbau der Breitbandinfrastruktur, Verwirklichung des europäischen digitalen Binnenmarktes sowie Netzneutralität in Zeiten des Internetfernsehens.

Kristina Both gab zunächst einen Einblick darüber, wie die Deutsche Telekom sich an ihrem viertgrößten Standort in der Bundesrepublik breitbandmäßig engagiert. Sie stellte die Ausbaustrategie ihres Hauses vor und zeigte Lösungsvorschläge für unterversorgte Gebiete auf. Dazu zählt ein intelligenter Technologiemix: Zum Einsatz kommen Richtfunk, WLAN, VDSL, Vectoring, GSM, UMTS, LTE und neue Technologien wie Hybrid-

router. Für jedes Gebiet wird die optimale Versorgung ermittelt.

Anschließend gab Kristina Both einen Ausblick, wie die Telekom sich zukünftig am Netzausbau in Baden-Württemberg beteiligen wird. Hierbei wurde deutlich, dass dies im weiten Umfang von den Förderbedingungen des Landes abhängt: Diese unterstützen derzeit nur im begrenzten Rahmen das von der Telekom bundesweit eingesetzte Modell eines einmaligen Investitionszuschusses, was der Beteiligung an Ausschreibungen in vielen Fällen entgegensteht.

Angeregt diskutierten die Teilnehmerinnen die von Kristina Both vorgestellte These, dass Europas Telekommunikationsanbieter im Vergleich vor allem zu US-amerikanischen und asiatischen Anbietern deutlich zurückfallen würden. Die Frauen tauschten sich darüber aus,

wie sich die neue Kommission hier aufstellen sollte.

Zum Abschluss wurde der Bogen zur Netzneutralitätsdebatte geschlagen, die ebenfalls in der Diskussion auf europäischer Ebene angekommen ist. Hier plädierte Kristina Both dafür, die derzeit bereits bestehenden Realitäten der Differenzierungen anzuerkennen und sich nicht von dem Begriff der „Netzneutralität“ verleiten zu lassen und dadurch innovative Sonderservices und Geschäftsmodelle zu verhindern. Nach den Erfahrungen der Telekom seien es gerade die vielzitierten Start-ups, die sich eine hohe und verlässliche Qualität in der Datenübertragung wünschen.

Im Frühjahr 2015 ist eine weitere Veranstaltung dieses Formats in Zusammenarbeit mit dem Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung geplant.

Tiefgreifender Wandel durch Industrie 4.0

Das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, die nächste industrielle Revolution, gilt als große Hoffnung für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland. Soll sie gelingen, müssen die Herausforderungen der Digitalisierung angepackt werden. Dazu gehören neue Sicherheitsstandards, ausreichender Datenschutz und eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur.

Der Managerkreis Niedersachsen-Bremen diskutierte am 1. Dezember 2014 in Hannover das Konzept von Industrie 4.0. In seiner Einleitung verwies Gerhard Prätorius, Sprecher des Managerkreises Niedersachsen-Bremen, bereits auf die große Bedeutung dieses Themas auch für Niedersachsen. Allerdings müssten seiner Ansicht nach Chancen und Risiken von Industrie 4.0 gut abgewogen werden.

„Wer Industrie 4.0 will, muss Systeme und Sicherheit fördern“, so Daniel Buhr von der Universität Tübingen. Kompetenzzentren und Netzwerke zur Diffusion des Wissens sollen den Unternehmen neue Erkenntnisse bringen. Der Austausch von externen und

internen Erfahrungen führe zu einem gesellschaftlichen Standortvorteil. Mit der Digitalisierung vieler Prozesse und Vorgänge wachse auch das allgemeine Verlangen nach Sicherheit. Daten müssten demnach geschützt werden, um Arbeitsplätze zu sichern und das vorhandene Wissen zu bewahren.

Dagmar Bornemann, Geschäftsführerin db&w finest Software, erklärte, der Prozess müsse von der aktiven Politik gestaltet werden. Wenn die Digitalisierung vieler Prozesse in Zukunft stattfinden solle, müsse man z. B. die Netzkapazitäten ausbauen. Man werbe zwar mit Individualisierungen von Produktionsprozessen und neuen Errungenschaften, welche laut Bornemann jedoch teilwei-

se veraltet und schwer umsetzbar seien. Man könne einige Prozesse auf Grund ihrer Komplexität weder digitalisieren noch individualisieren. Große Firmen wie Google seien bei der Entwicklung neuer Software Vorreiter.

Wichtig sei es, kleinere und mittlere Unternehmen mitzunehmen und sie zu fördern, so Arno Brandt, Leiter des CIMA-Instituts für Regionalwirtschaft. Deutschland habe gute Chancen bei dem Projekt Industrie 4.0 als Gewinner hervorzugehen. Automatisierung und Maschinenbau spielten dabei eine große Rolle. Die Politik sei zurzeit dabei, sich entsprechend zu positionieren. „Da müssen wir ansetzen und weitermachen“, so Brandt.

„Deutschland ist nicht so stark wie es glaubt.“

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher stellte dem Steering-Komitee des Managerkreises unter der Überschrift „Wirtschaftsstandort Deutschland - Weichen für die Zukunft“ seine Ideen zur Überwindung der Investitionslücke vor. In dem Hintergrundgespräch am 23. Oktober 2014 in Berlin forderte er stärkere öffentliche und private Investitionen: Pro Jahr müsse Deutschland bis zu 75 Milliarden Euro mehr ausgeben. Man dürfe nicht länger von der Substanz zehren. Ohne die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Energie gebe es kein Wachstum und keine Beschäftigung. Das „Job-

wunder“ der letzten Jahre hat hauptsächlich im prekären Bereich stattgefunden. Marcel Fratzscher fordert, dass die Banken ihre günstigen Kredite, die sie von der EZB bekommen, an die Unternehmen für Investitionsvorhaben weitergeben sollen.

Von den Unternehmen erwartet er, dass sie nicht abwandern, sondern gute Jobs im Inland schaffen. Die jungen Menschen müssen hier bei uns bestens ausgebildet werden, so Fratzscher. Die Zukunft für die deutsche Wirtschaft liege eben nicht nur in China, Indien und Brasilien, sondern weiterhin auf dem europäischen Markt. Der Euro ist und bleibt ein Stabilitätsfaktor.



Literaturhinweise



WISO Diskurs
Brauchen Investitionen im TTIP Schutz?: Überlegungen zum Investitionsschutz im transatlantischen Freihandelsabkommen; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung / Jan Ole Voß. - Bonn, 2014. - 39 S. = 380 KB, PDF-File. - (WISO-Diskurs)_ Electronic ed.: Bonn: FES, 2014_ ISBN 978-3-95861-003-0

Durch das Investitionsschutzrecht werden ausländischen Investoren Rechte gewährt, die sie vor willkürlichen, hoheitlichen Eingriffen schützen sollen. Das Investitionsschutzrecht schränkt damit die Handlungsfreiheit von Gaststaaten gegenüber ausländischen Investoren ein. Allerdings dürfte die Aufnahme entsprechender Regelungen in das TTIP nicht zwingend erforderlich sein, da die wesentliche Funktion des

Investitionsschutzrechts zwischen „Rechtsstaaten“ in der Regel eben nicht zum Tragen kommen dürfte. Trotzdem gibt es Gründe für eine Weiterführung der entsprechenden Verhandlungen. Als fester Bestandteil der völkerrechtlichen Gewährleistung von wirtschaftlichen Rechtspositionen dient das Investitionsschutzrecht der Entpolitisierung von originär staatlichen Konflikten. Zudem könnte der bestehende erhebliche Reformbedarf im Zuge der Verhandlungen angegangen werden, um die bereits seit Jahren diskutierten Reformen des Investitionsschutzrechts entscheidend voranzubringen.

 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11047.pdf>

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte. Heft 12/2014
Überall und Nirgends? Vom Verbleib der liberalen Idee.

Der Titel dieser Ausgabe verkürzt die Frage, der die Autorenbeiträge auf unterschiedlichen Wegen nachgehen, aber er trifft zwei entscheidende Punkte.

Das »überall« meint die Programmsubstanz unserer Parlamentsparteien, die sich über die Unantastbarkeit der gleichen Freiheit und ihrer rechtsstaatlichen Sicherung seit langem einig sind (wenn auch nicht immer über alle Wege zu diesem Ziel). Das »nirgends« bezieht sich auf den Phantomschmerz an der neuen Leerstelle in unserem Parteiensystem, die bis vor kurzem von der Partei ausgefüllt war, die für sich eine Art Markenschutz für das liberale Erbe



reklamierte. Sie ist nicht zufällig damit gescheitert, glaubte sie doch, weil alle anderen das liberale Credo als politische Idee ja ohnehin schon komplett übernommen haben, durch eine liberale Überbietung des Konsenses zu punkten. Das konnte nicht mehr funktionieren.

 <http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/>

Termine – www.managerkreis.de

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Rhein-Main

Hintergrundgespräch

mit Clemens Fuest, ZEW

21.01.2015

Frankfurt

Managerkreis Baden-Württemberg

Hintergrundgespräch

Gute Wirtschaft durch gute Arbeit

mit Claus Schmiedel MdL, SPD-Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

23.01.2015

Stuttgart

Managerkreis Berlin-Brandenburg Jour fixe

Wandel von deutschen Traditionsmarken am Beispiel von Club Cola und Spreequell

mit Manfred Ziegler, Geschäftsführer ESH GmbH, Rhön Sprudel Gruppe

17.02.2015

Berlin

Managerkreis Rhein-Main

Mitgliederversammlung und Veranstaltung

Veranstaltung mit Andreas Povel, Geschäftsführer AmCham

10.03.2015

Frankfurt

Managerkreis Baden-Württemberg

Veranstaltung

mit Katrin Altpeter MdL, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

25.03.2015

Stuttgart

Weitere Termine 2015 sind in Vorbereitung, Stand: Dezember 2014

Impressum

V.i.S.d.P. Marc Meinardus

Koordination & Schlussredaktion: Dagmar Merk

Design: Werbestudio Zum weissen Roessl

Redaktion: Simone Varias

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung; Mark Bollhorst, Brigitte Hiss; panomacc, Daniel Ernst, magann, Felix Pergande, Lucky Dragon – fotolia.com

Friedrich-Ebert-Stiftung

Managerkreis

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Fon 0 30 / 2 69 35 70 53

Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

E-Mail: managerkreis@fes.de

www.managerkreis.de